

Der Verbandstag der Gasthausangestellten

Konferenz von Gewerkschaftsdelegierten. Vertreter der Arbeiterklasse aus dem Lokal getrieben

Im Kongressaal des Dresdner Volkshauses hatten sich die Delegierten des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten zum 14. Verbandstag versammelt. Dieser Verbandstag, der angeblich einen Ausweg aus der Krise aufzeigen will, besteht fast durchweg aus Verbandsoffizieren.

Schon der erste Tag zeigte die arbeiterfeindliche Stellung der Bürokratie, indem der Berichterstatter der Arbeiterklasse aus dem Tagungsraum gewiesen wurde.

Der Verbandsoffizier Saatz führte in seinem Bericht unter anderem aus, daß der Aufhebung der Vollzeittunde schärfster Widerstand entgegengekehrt würde. Zum Aussenkongreß Stellung zu nehmen, sei nicht nötig. Er sagte dann noch, daß einzelne Ortsgruppen keine Beiträge mehr zahlen und dies mit dem baldigen Ausbruch der Krise begründeten. Zum Schluß sang er ein Loblied auf die „Eiserne Front“, die die „Einheit“ der Arbeiterklasse wieder hergestellt habe.

Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß trotz der Einführung der Invalidentätversicherung die erhoffte Mehreinnahme von 50.000 Mark jährlich nicht eingetreten ist. Um einen Ausgleich zu schaffen, sei den Angestellten das Gehalt um 10 bis 15 Prozent gekürzt worden, was ein jämliches Opfer für die selben bedeute. (Wachen bei einzelnen Delegierten).

Damit war die Tagesordnung des ersten Verhandlungstages erledigt und die Delegierten unternahmen einen Spaziergang, um sich von den „Strapazen“ des Verbandstages zu erholen.

(Ausführlicher Bericht folgt morgen im Gewerkschaftsteil).

Stille Koalition von der SPD bis zu den Nazis

Stuttgart, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die heutige erste Sitzung des neu gewählten Württembergischen Landtages fand im Zeichen einer stillen Koalition zwischen SPD und Nazis. Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien bei Stimmhaltung der SPD, wurde der Nazi-Professor Wergenthaler zum Landtagspräsidenten gewählt. In seiner Begrüßungsrede legte der Nazi-Professor ein feierliches Gelöbnis für die Weimarer Verfassung ab. Zum ersten Vizepräsidenten wurde ein Zentrumsmann, zum zweiten ein Sozialdemokrat gewählt. Die Nazis enthielten sich bei diesen Wahlen der Stimme und ermöglichten so die Wahl des SPD-Vizepräsidenten.

Diese Tatsachen zeigen, daß die Koalition zur Neubildung der württembergischen Regierung heute schon bis zu der SPD reicht. Das Verhalten der SPD-Fraktion, die sich bei der Wahl eines Nazis zum Landtagspräsidenten der Stimme enthält, beweist, daß die SPD nicht nur die Nazis an die Regierungen „heranläßt“, sondern ihnen die Steigbügel zum Bestehen der Weimarer Verfassung hält. Andererseits befohlen die Nazis die Dienste der SPD, ihres neuen Koalitionsgenossen, damit, daß sie ihre ebenfalls einige Wähler zusammen lassen. So finden sich alle bürgerlichen Parteien auf dem Boden des kapitalistischen Systems in einer Front gegen die Arbeiterklasse zusammen.

Für die Arbeiter kann es daraus nur eine Schlussfolgerung geben: In der roten Einheitsfront unter Führung der KPD den Kampf gegen die von der SPD und den Nazis geführte Kapitalistenregierung aufnehmen.

SPD-Weckel verhindert Behandlung der KPD-Wohlfahrtsanträge

Schiedts faschistische Justiz

Beratung eines kommunistischen Dringlichkeitsantrages im Landtag verhindert. Debatte über die Klassenjustiz

Dresden, den 10. Mai 1932.

Tausende im Lande sind hunderttausende Erwerbslose in heller Empörung. In gewaltigen Demonstrationen und Protestkundgebungen bringen sie ihren Willen zum Ausdruck, daß sie trotz Polizeiknüppel und Wölfsentzügen nicht kampflos derhingen wollen, wenn ihnen auf Anweisung der Schiedsregierung ihre erbärmliche Hungerunterstützung erneut gekürzt wird. Diese Schiedsregierung, die erst in der vorigen Woche durch den Innenminister im Landtag erklärt wurde, daß die Senkung der Richtigkeits für die Unterhaltungsempfänger schon deshalb notwendig geworden sei, weil sich „die Lebenshaltungskosten nicht unmerklich geändert hätten“, hat nach diesen gewaltigen Protestdemonstrationen in Leipzig, Chemnitz und anderen Orten Sachsen eine Erklärung veröffentlicht, in der sie noch einmal nachdrücklich den Unterstützungsabbau bekräftigt.

Angriffs dieser Lage hatte die kommunistische Fraktion zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, die vom Landtag die sofortige Erhöhung der Richtigkeits verlangten und Maßnahmen gegen den Vollzeitterror forderten. Und wieder war es der sozialdemokratische Präsident Weckel, der die Behandlung dieser beiden Dringlichkeitsanträge mit den fabelhaftesten formalen „Gründen“ verhinderte und damit noch einmal zum Ausdruck brachte, daß keine Fraktion gemeinsam mit der Schiedsregierung gegen die Wohlhabenderen vorgehen will.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Genosse Sinnermann die Behandlung von zwei Dringlichkeitsanträgen der KPD in der heutigen Sitzung des Landtages, in denen einmal die Zurücknahme der Anweisungen an die Kreisbauernmännchen über die Kürzung der Unterstützungsätze gefordert und zum anderen die Zurücknahme der Ermittelten Vollzeittage und Unterstützung der Vorgänge verlangt wird.

Er weist in der Begründung auf die Vorfälle in Chemnitz und Leipzig hin, wo die Polizei gleich in vielen anderen Orten Sachsen mit dem Gummiknüppel gegen die hungernden Wohlhabenden vorgegangen ist, die in ungeheurer Empörung über die rücksichtslose Unterstützungsabsetzung in Bewegung gekommen sind.

Der sozialdemokratische Präsident Weckel verhindert die Beratung dieser beiden Anträge, indem er sich hinter belanglose Formalitäten verflüchtigt.

Dann werden eine Reihe sozialdemokratischer Anträge über den Justizapparat in Sachsen beraten, bei denen wiederum unangehöriges Material über die absolute Faschistenfreundlichkeit der Richter und Staatsanwälte nachgewiesen wird. Aber gleich bei der Vollzeittage in der vorigen Woche, steht auch dies die Sozialdemokratie feierlich Konsequenzen aus ihren

Straßer verkündet im Reichstag das Nazi-Programm

Arbeitsdienstpflicht, Inflation, Tributnechschschaft

Nationalistischer Wettbewerb zwischen Sozialdemokraten und Nazis

Berlin, den 10. Mai. (Eig. Bericht.)

Die kommenden Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten werfen ihre heuligsten Schatten auf die gegenwärtigen Reichstagsberatungen. In der Dienstagssitzung hat der Nationalsozialist Straßer, sowohl im Ton wie im Inhalt seiner Rede deutlich die Absicht zu erkennen gegeben, unter allen Umständen seine Partei als Regierung- und Koalitionspartner zu erweisen. Straßer erklärte selbst, daß er zum ersten Male auf jegliche Exkulation und Abwehr verzichte und daher einige Regierungsmassnahmen der Nationalsozialisten mitteilen wolle.

Das Programm, das Straßer verkündete, war, soweit es sich nicht um demagogische und irreführende Wirtschaftsbetrachtungen handelte, vollkommen das Programm der deutschen Schwerindustrie und des Agrarproletariats. Wogegen Straßer auch jeden Ansehens verlor, daß seine Partei die Absicht habe, die Besitzenden, die Millionäre, die Bank- und Börzenherren, die Großgrundbesitzer in ihrem Privatleben irgendwie anzufassen.

Der Reichstagspräsident Hindenburg machte zu Beginn seiner Ausführungen ein besonderes Kompliment an die reformistischen Gewerkschaftsführer, die, wie Straßer ausdrücklich betonte, ansehend „allmählich zur Reue kommen“. Straßer jütete die Rede Weiparts vom letzten Reichstagskongreß, nannte sie bemerkenswert und fügte hinzu, daß seine Partei vollkommen hinter den Inflationsoptimismus des Theoretikers der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, Wostinski, stehe.

In diesem Punkt besteht also eine deutliche Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten. Der zweite von Straßer aufgestellte Regierungsvorschlagspunkt fordert, die sofortige Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Mit geradezu unheiliger Frechheit stellte der Reichstagspräsident die Frage auf: „Wenn unsere Soldaten im Weltkrieg vier Jahre mit geringerer Wohnung gekämpft und gebüht haben, warum sollen dann die heutigen Erwerbslosen zur Rettung des Vaterlandes nicht vier Jahre lang die Arbeitsdienstpflicht erfüllen?“

Charakteristisch, daß die deutschnationalen Großgrundbesitzer und die übrigen reaktionären Ausbeuter gerade an dieser Stelle

Straßers den schärfsten Beifall zeigten. Straßer gab auch unverbunden zu, daß

aus dem Ansehen der Arbeitslosen die Milliarden Tribute und Reparationszahlungen herausgeschüttet

werden sollen. Zum Schluß erklärte der Reichstagspräsident, daß seine Partei bereit sei, mit allen, die guten Willens sind, zusammen zu regieren und sprach zum Reichstagspräsidenten gerichtet, die Worte:

„Wir zweifeln nicht, daß Herr Brüning seit Jahren den besten Willen gehabt hat.“

Dem Redner der Sozialdemokraten, Graßmann, waren die Lobesworte Straßers über die reformistischen Gewerkschaftsführer sehr unangenehm. Darum betonte er in seiner nachfolgenden Rede, daß die Umwidmung Straßers an die freien Gewerkschaften wohl nicht eckig gewesen seien. Doch genau wie Straßer erklärte sich

auch Graßmann mit der Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes einverstanden.

Da die „vorübergehende Beschäftigung“ bringen könnte, Graßmann vertrat erneut die Forderung nach Verfassung der Arbeitszeit. Man müsse den Arbeitern diese Verfassung auch ohne Lohnausgleich zumuten.

Mit schärfstem Widerwillen beilegte dann Reichstagspräsident Hindenburg die Rede Straßers. Man merkte ihm an, es sei ihm schwer, einige Worte gegen seine nationalsozialistischen Rekruten und Koalitionsgenossen von morgen zu sagen. Ein geradezu verlegenes Gemummel war Groeniers Begrüßungsrede zum Entschluß. Als die Nationalsozialisten ihm zuriefen, das Verbot sei auf Wunsch der SPD erfolgt, lautete seine Antwort:

„Ich stehe auf die Sozialdemokratie.“ Das Verbot der SPD sei nur erfolgt, um die Bahn freizumachen für die Bildung einer großen nationalen Front.“

In der Mittwochsitzung werden die Genossen Käßler und Reuber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunisten vortragen und eingehend auf den Schwindel der Arbeitsbeschaffung durch alle übrigen Parteien antworten.

Neue japanische Truppentransporte

Verstärkte Weiterführung der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion

Schanghai, 10. Mai. (Eig. Bericht.)

Aus Schanghai sind vier japanische Dampfer mit für die Mandchurei bestimmte Truppen abgegangen. Die gelamta 9. und 14. Division, deren Rückkehr in die Heimat vorgezogen war, wurde plötzlich umdividiert, weil das Charbiner Oberkommando dringend kriegsstarke Truppenformationen anfordert hat. Infolgedessen herrscht unter den eingeschifften Soldaten eine Typhusinfektion. Am benachbarten Vahungsploß traf ein aus Tairen kommender Dampfer überfüllt mit Flüchtlingen aus Charbin ein, die eine Kriegsverfälschung an die Sowjetunion als unmittelbar bevorstehend befürchten.

Gerne verließen Schanghai 400 Mennoniten, die vor zwei Jahren aus der Sowjetunion ausgewandert sind und jetzt in

unbeschreiblichem Elend in Charbin gelegen haben. Der Völkerverbund dirigiert ihre beschleunigte Abreise, da die Mennoniten wiederholt ihre Rückkehr in die Sowjetunion beantragen, alle bei Kriegsausbruch nicht für sowjetfeindlich genug angesehen werden konnten.

Deutscher Dampfer mit Dynamit nach Schanghai abgegangen

Hamburg, 10. Mai. (Eig. Meldung.)

Die Kilmers-Dampfer legt ihre Munitionstransporte unermindert fort. In den letzten Tagen ist wieder der Dampfer „Gaus Kilmers“ mit Pulver- und Sprengstoffladung nach Schanghai abgegangen. Am 8. Mai, nach 1 Uhr, ging der Dampfer nach Krenshausen, um dort 500 Tons Dynamit und Pulver, mit dem Bestimmungsort Schanghai, zu übernehmen. Der Dampfer befindet sich jetzt schon auf Fahrt.

Arbeiter! Seht zur Tat gegen die Kriegsverbrecher und Munitionshändler über! Kämpft gegen eure Hundelöhne und die Ausbeutung und ihr Lämpl gegen den imperialistischen Krieg!

Kammerwahlen in Frankreich

Die Kommunistische Partei erhält 12 Mandate

Paris, den 9. Mai. (Eig. Meldung.)

Am gestrigen Sonntag haben die Stichwahlen zur Kammer stattgefunden. Das amtliche Gesamtergebnis, das die 685 Mandate und sechs von insgesamt zehn Kolonialmandaten umfaßt, zeigt folgendes Bild:

Kommunisten 12 (Gewinn 2), Konservative 5 (Verlust 3), Republikanisch-Demokratische Union (Marx-Gruppe) 76 (Verlust 14), Unabhängige Republikaner 24 (Gewinn 2), Volksdemokraten 16 (Verlust 3), Vorkommunisten (Tardieu-Gruppe) 72 (Verlust 28), Radikale Union (Germain Martin) 62 (Verlust 28), Radikalsocialisten (Herriot) 157 (Gewinn 48), Unabhängige Sozialisten und sozialistische Republikaner 37 (Gewinn 5), Sozialisten (Leon Blum) 129 (Gewinn 17), Konservativen des Kommunismus 11 (Gewinn 6).

Bei dem reaktionären Wahlsystem in Frankreich kann man die mittlere Stärke der Parteien nicht nach den Mandaten, sondern nur nach den Wählerstimmen abschätzen. So haben die Kommunisten den Kommunismus mit Hilfe ihrer Parteiorganisation und ihrer Verbindung mit bürgerlichen Parteien 11 Mandate erobert, obwohl sie nicht ein Viertel der Stimmen unserer kommunistischen Partei erhielten. Sogar der reaktionäre „Berliner“ Vorkommunist muß erklären, daß den Kommunisten auf Grund ihrer Stimmenzahl 70 Mandate zuzuehen. Da die KP Frankreichs als einzige Partei des proletarischen Klassenkampfes auf jede Wahlabschwächung mit anderen Parteien verzichtet, repräsentiert jeder kommunistische Kandidat mindestens das Fünftel an Wählerstimmen wie jeder andere Abgeordnete.

Schwindel über Gorgulow miterleben

Die Telegraf-Agentur der Sowjetunion meldet:

„Die Meldung, daß Gorgulow im Jahre 1927 in der UdSSR war, ist eine falsche Erfindung, die klar an der Wahrheit scheitert. Gorgulow war zu dieser Zeit nicht in der UdSSR und konnte es auch gar nicht sein. Davon zeugt mit genügender Klarheit die Mitteilung der telegrafischen Agentur, daß die Meldungen der telegrafischen Agentur, die Gorgulow zu dieser Zeit in der telegrafischen Agentur war.“

Wahlergebnisse

Zeitweise aufstrebende Winde aus Süd bis West. Start der Witterung, aber nur vorübergehend. Erstliche Reibung. Starke Tageschwankungen der Temperatur. Weiteren von leichten Störungen, die gemitterähnlichen Charakter haben können.